



Das Monopol der Geistesblitze

Die Suche nach einem Coronaimpfstoff hat eine Debatte über den Sinn von Patenten ausgelöst. Das rührt an eine ökonomische Grundsatzfrage: Muss der Staat Ideen als **geistiges Eigentum** schützen – weil sonst Innovationen unterbleiben?

TEXT MALTE FISCHER

Einen besseren Karrierebeschleuniger als das SARS-CoV-2 hätten sich Deutschlands Virologen und Epidemiologen nicht wünschen können. Der Ausbruch der Coronapandemie hat die zuvor kaum beachteten Wissenschaftler ins Rampenlicht der Öffentlichkeit katapultiert. Vielleicht nie zuvor hatten einzelne Spezialisten so viel Einfluss auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in Deutschland. Doch sobald ein Impfstoff gegen das Virus vorliegt, werden nicht mehr Mundschutz und Abstandsgebot die Diskussion bestimmen – sondern die Frage, wie sich ein Impfstoff schnell möglichst vielen Menschen verabreichen lässt.

Die politischen Gefechtslinien sind bereits markiert. Die Organisation Ärzte ohne Grenzen fordert, auf den Impfstoff dürfe es „keine Patente und keine Vorrechte bei der Verteilung“ geben. In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel warnen die Ärzte davor, „egoistische Interessen von Staaten oder Gewinnerwartungen von Firmen“ über das Leben von Menschen zu stellen.

Die Pharmaindustrie hingegen verteidigt das Patentsystem. Die Unternehmen werden „dem Coronavirus innerhalb des bestehenden Patentsystems effektiv zu Leibe rücken und dabei sehr vielen Menschen auf der ganzen Welt helfen“, sagt Han Steutel, Präsident des Verbands forschender Arzneimittelhersteller.

Erlahmende Anreize

Der Streit um den Patentschutz für einen Coronaimpfstoff ist damit voll entbrannt. Er rührt an eine ökonomische Grundsatzfrage, die Volkswirte schon seit Langem umtreibt: Gibt es ein Recht auf geistiges Eigentum, das der Staat schützen muss?

Das Rad, das Schießpulver und den Buchdruck haben die Menschen erfunden, ohne dass es dafür lukrativer Patente oder Urheberrechte bedurfte. Einen gesetzlichen Schutz geistigen Eigentum gibt es erst seit 1474. Damals entschied der Senat von Venedig, kreative Köpfe mit der Aussicht auf ein temporäres Monopol anzulocken, um Venedig und seine Gilden im Standortwettbewerb mit Antwerpen und dem Osmanischen Reich zu stärken.

Die Kernelemente der damaligen Regelung prägen das Patentrecht bis heute. So gewährt der Staat dem Erfinder eines neuen Produktes oder Produktionsprozesses für eine bestimmte Zeit – heute sind es

20 Jahre – das exklusive Recht zur Herstellung, Nutzung und zum Vertrieb seiner Erfindung. Im Gegenzug muss er seine Produkte offenlegen, damit Konkurrenten nach Ablauf des Patents die Erfindung imitieren können. Während der Laufzeit des Patents kann der Inhaber Konkurrenten gegen Zahlung einer Lizenzgebühr erlauben, seine Erfindung zu verwenden.

Die russisch-amerikanische Schriftstellerin und libertäre Philosophin Ayn Rand (1905–1982) war der Ansicht, der Staat gewähre Patente und Urheberrechte nicht als Geschenke oder Privilegien, sondern sichere mit ihnen naturrechtlich begründete Eigentumsrechte ab. Patente und Urheberrechte seien die „gesetzliche Verankerung der Basis aller Eigentumsrechte: des Rechts eines Menschen auf das Produkt seines Geistes“, so Rand. Intellektuelle Anstrengungen seien „von überragender Bedeutung für die Erzeugung materieller Werte“.

Heute führen die meisten Verfechter von Patenten das utilitaristische Argument ins Feld. Patentrechte seien elementare Anreize für Innovationen und steigerten so den Wohlstand für alle. Ohne Aussicht auf temporäre Monopolgewinne nähme kein Pharmaunternehmen die hohen Kosten jahrelanger Forschung in Kauf – oder könne sich diese erst gar nicht leisten.

Kritiker halten dagegen. Sei ein Patent erst einmal erteilt, erlahmten die Forschungsanstrengungen, kritisierte der US-Ökonom Murray Rothbard bereits in den Siebzigerjahren. Jüngere Studien scheinen Rothbard in diesem Punkt recht zu geben. So fanden die Ökonomen Fiona Murray und Heidi Williams heraus, dass Patente in der Biomedizin und der Genomforschung anschließend Forschungsaktivitäten um 20 bis 40 Prozent verringern. Die Ökonomen Alberto Galasso und Mark Schankerman stellten fest, dass Innovationsaktivitäten bei komplexen Produkten wie Computern und medizinischen Instrumenten um rund 50 Prozent zunehmen, wenn Gerichte bestehende Patente für ungültig erklären. Bei chemischen und pharmazeutischen Produkten fanden die Autoren allerdings keine vergleichbaren Effekte.

Weil nicht alle Erfindungen patentierbar sind, stecken die Unternehmen Forschungsgeld vorwiegend in Bereiche, die lukrative Patente versprechen. Ob diese Produkte immer den größten Nutzen stiften, ist allerdings fraglich.

In den vergangenen Jahren sei das Patentrecht immer komplizierter geworden, sagt Georg Licht, Innovationsexperte beim Mannheimer Zentrum für Europäische

Wirtschaftsforschung. Zudem trage die einheitliche Laufzeit von 20 Jahren den unterschiedlichen Bedingungen in den Branchen nicht Rechnung. Unternehmen melden für inkrementelle Verbesserungen ihrer Produkte Patente an, „die mit echten Innovationen nicht mehr viel zu tun haben“, sagt Licht. Das Patentrecht werde zunehmend als unternehmensstrategisches Instrument missbraucht, um den Wettbewerb auszubremsen. Teure Streitereien vor Gericht bereicherten Patentanwälte, entzögen den Unternehmen jedoch Geld für wichtige Forschung.

Künstliche Verknappung

Der amerikanische Patentanwalt Stephan Kinsella fordert daher, auf staatlichen Schutz für geistiges Eigentum zu verzichten. Geistige Produkte seien, anders als physische Güter, nicht knapp. So könnten etwa beliebig viele Firmen gleichzeitig eine Rezeptur zur Herstellung von Arzneimitteln verwenden, ohne dass die Formel dem Erfinder verloren gehe. Daher bedürfe es bei ideellen Gütern keiner Eigentumsrechte, um Konsumrivalitäten zu vermeiden: Patente und Urheberrechte seien „nicht zu rechtfertigende staatlich verbriefte Monopolrechte, die künstlich Knappheiten erzeugen, wo diese zuvor nicht existierten“, sagt Kinsella.

Außerdem schränken sie die Eigentumsrechte anderer ein. So dürfen etwa Pharmaunternehmen ihre Produktionsanlagen nicht zur Herstellung patentierter Arzneimittel verwenden, Sänger ihre Stimme nicht zur kommerziellen Verbreitung fremder Lieder einsetzen. Kurzum: Patente und Urheberrechte verschafften Autoren und Erfindern „Kontroll- und Miteigentümerrechte am physischen Eigentum anderer“, moniert Kinsella.

Doch was, wenn sich Konsumenten mehr Innovationen wünschen, als die Unternehmen bieten? Dann können sich die Nachfrager „mit Gleichgesinnten zusammenschließen und die Unternehmen für ihre Anstrengungen subventionieren“, schlug Rothbard vor.

Der Harvard-Ökonom und Nobelpreisträger Michael Kremer preschte jüngst mit einer ähnlichen Idee vor. Er will Unternehmen eine Abnahmegarantie zu einem festen Preis für ihre Medikamente bieten, damit sie sich für die Erforschung von Arzneimitteln gegen bestimmte Krankheiten stärker ins Zeug legen. Private Geldgeber wie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung unterstützen Kremers Vorschlag. Gut möglich, dass seine Idee sich daher bald durchsetzt – ganz ohne Patentschutz. ■